



Gute Lage, aber abseits. Hier, an der Friedrich-Miescher-Strasse, soll im Sommer 2018 ein Stand- und Durchgangsplatz in Betrieb genommen werden. Foto Christian Merz

Neue Stellplätze für Fahrende

Bau- und Raumplanungskommission sagt Ja zu Ausgaben von 1,4 Millionen Franken

Von Dina Sambar

Basel. Noch stehen auf dem Gelände an der Friedrich-Miescher-Strasse in Basel ein alter Tierstall und einige Grüngutdeponien. Geht es nach der Basler Regierung, sollen in gut einem Jahr Fahrende auf dem 2000 Quadratmeter grossen Areal leben können. Nun hat das Projekt eine weitere Hürde genommen. Die Bau- und Raumplanungskommission (BRK) des Grossen Rates stimmte den Ausgaben von gut 1,4 Millionen Franken für den Umbau des Platzes einstimmig zu.

Geplant ist ein Mergelplatz mit zehn grossen Stellplätzen und einem Infrastrukturgebäude mit Herren- und Damen-WC, einer Dusche, einem Administrationsraum für den Platzwart und einem Raum mit Abwasserentleerungsstelle und Stromanschluss. Die einzelnen Stellplätze erhalten keinen eigenen Frischwasser-, keinen Strom- und keinen Kanalisationsanschluss. «Grundsätzlich freut es mich sehr, dass der Plan, Lebensraum für Minderheiten zu schaffen, in Basel vorankommt», sagt Daniel Huber, Präsident der Radgenossenschaft der Landstrasse. Er findet es jedoch wichtig, das mindestens ein Fah-

render in die weitere Umsetzung miteinbezogen wird: «Wir kennen nur unsere Bedürfnisse am besten. Manchmal planen Sesshafte Dinge, die wir gar nicht brauchen.»

Unterschiedliche Interessen

Doch das will der Regierungsrat nicht. Denn auch die BRK stellte den Antrag, die zahlreichen Fahrendengruppen zu ihren Bedürfnissen anzuhören. Dieser Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, dass die Bedürfnisse dieser Gruppen teilweise derart auseinandergingen, dass eine einheitliche und somit brauchbare Stellungsnahme nicht zu erwarten sei.

Das sieht Huber nicht so. Ihm wäre es egal, welcher Fahrende miteinbezogen würde und welchem Verband er angehört: «Jeder Fahrende weiss, was es grundsätzlich braucht.» So sei beispielsweise ein überdeckter Platz, an dem man arbeiten kann, wichtig. «Hier geht es nicht um: Lustig ist das Zigeunerleben», wir müssen arbeiten können. Huber könnte sich vorstellen, dass man einen solchen Arbeitsplatz direkt beim Infrastrukturhäuschen bereitstellt, das ja sowieso gebaut werde. Er findet auch, dass jeder Standplatz seinen eigenen

Strom haben sollte. «So kann man gut abrechnen und es kommt zu keinen Überlastungen.» Von fix angezeichneten Parzellen hält Huber jedoch nichts: «Die Leute sollen ihre Wagen frei hinstellen können. In Winterthur haben wir mit Parzellen schlechte Erfahrungen gemacht. Plötzlich kam jenes Gärtchendenken auf, das man sonst von Sesshaften kennt.»

Als der Kanton den Fahrenden vor einigen Monaten das Vorprojekt zeigte, waren nicht alle zufrieden. Andreas Geringer vom Verband Sinti und Roma Schweiz, der seit Jahren für einen Stand- und Durchgangsplatz für Fahrende in Basel kämpft, äusserte sich letzten September in der *Basellandschaftlichen Zeitung* enttäuscht. «Unsere Bedürfnisse wurden zu wenig berücksichtigt, wir Fahrenden in die Planung zu wenig involviert.» So fehlen ihm, wie Huber, der Stromanschluss für die Stellplätze und ein Arbeitsplatz. Für die Kinder sei auch kein Platz zum Spielen eingeplant. Keine Freude hatte Geringer zudem am Bodenbelag, den er als «hygienisch nicht sinnvoll» erachtete, da er sich schlecht putzen lasse. Viel lieber wäre ihm ein geteilter Platz oder eine Kombination der beiden

Materialien. Für Huber ist der Boden kein Problem: «Wichtig ist, dass die Fläche sauber ist und die Wohnwagen nicht versinken. Zudem muss man Pflöcke für die Vorzelte einschlagen können, was bei einem Mergelboden gut möglich ist.»

Die BRK hält dazu fest, dass es sich beim aktuellen Projekt um eine pragmatische Lösung handle, die Pilotcharakter habe. Deshalb solle die Ausstattung des Platzes nach rund drei Jahren evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden.

Langer Kampf für Stellplatz

Bereits 2003 verpflichtete ein Bundesgerichtsentscheid den Kanton Basel-Stadt dazu, Stellplätze bereitzustellen. Nachdem die Fahrenden vor zwei Jahren das Esso-Areal besetzten, um auf ihre Platznot aufmerksam zu machen, durften sie eine Weile dort bleiben und erhielten vor einem Jahr einen temporären Stellplatz an der Entenweidstrasse im St. Johann.

Für die lange Zeit bis zur Realisierung eines definitiven Stellplatzes machte die Regierung Raumnot geltend. Der neue Platz in Basel soll für Fahrende aus allen Nationen offen sein.

Nachrichten

19-Jähriger mit schweren Kopfverletzungen

Basel. In der Nacht auf Sonntag, 4. Uhr, kam es in der Clarastrasse beim Fame Club zu einer folgenschweren Auseinandersetzung. Dabei erlitt ein 19-jähriger Mann schwere Kopfverletzungen, wie die Staatsanwaltschaft in einer Mitteilung schreibt. Zuvor war es zwischen dem Opfer und einem Unbekannten zu einem Streit gekommen. Vor der Discothek trafen die beiden und zwei weitere Personen wieder aufeinander. Gesucht werden zwei 22 bis 24 Jahre alte, 175 bis 190 Zentimeter grosse Männer. Beide haben dunkelblonde kurze Haare. Beide trugen ein T-Shirt.

Aldi erweitert Recycling-Angebot

Basel. Die Aldi-Suisse-Filialen in der Grossregion Nordwestschweiz werden mit Sammelstellen für Getränkekartons und Plastikflaschen ausgestattet. Als erstes grosses Schweizer Detailhandelsunternehmen nimmt der Discounter nach eigenen Angaben bis Ende Jahr flächendeckend in allen 185 Filialstandorten Getränkekartons zurück und lässt diese wiederverwerten. Dabei setzt der deutsche Discounter auf die Zusammenarbeit mit dem Verein Getränkekarton-Recycling Schweiz GKR.

Neue Bank am Bahnhof SBB in Basel



Basel. Nach etlicher Verzögerung hat die Freie Gemeinschaftsbank in Basel in Bahnhofsnähe einen Neubau erstellt. Die Baukosten werden auf zehn Millionen Franken veranschlagt. Das Grundstück wurde im Baurecht erworben. Eigentümerin ist die Stiftung Nutzungszweck besteht darin, Grund und Boden der Spekulation zu entziehen und einer sinnvollen Nutzung zu übergeben. Von den fünf Etagen sind zwei extern vermietet worden. Das Erdgeschoss, die erste und zweite Etage sowie das Dachgeschoss werden von der Bank und der Stiftung Freie Gemeinschaftsbank genutzt. Die Banktätigkeit wird versinnbildlicht. So symbolisiert die linke Gebäudeseite das Geld. Sie wirkt im Gegensatz zur anderen Seite eher statisch. kt



Petition für Inländervorrang

Aktion gestartet. Letzte Woche hat der Schweizer Verband «Avenir50plus» gefordert, dass in Basel-Stadt auf der Verwaltung und in den ausgelagerten Staatsbetrieben ein Inländervorrang wie im Kanton Genf eingeführt werden soll – und für diesen Zweck eine erste Unterschriftensammlung durchgeführt. «Vor allem ältere Personen und auch Pensionierte haben unsere Petition sofort unterschrieben», erklärt Geschäftsführerin Heidi Joos (Bild 2. v. l.). Es seien weitere Aktionen geplant, ehe der Regierung die Petition überreicht werde. ck Foto Christian Keller

Wiesen schützen, Steuern senken

Zwei Parteien sagen, was mit neun Millionen Franken Überschuss passieren soll

Von Mischa Hauswirth

Riehen. Die Landgemeinde Riehen hat keine Geldsorgen – im Gegenteil. Sie schloss ihre Jahresrechnung mit einem Überschuss von neun Millionen Franken ab (BaZ berichtete). Während es der Gemeinderat nicht für unangebracht hielt, das Geld über Steuererleichterungen an die Einwohnerinnen und Einwohner zurückzugeben und die Verwaltung in den vergangenen Jahren ständig gewachsen ist – sprich mehr Geld gebraucht hat –, wollen zwei Parteien nun eine andere Strategie. Die SVP Riehen erinnert daran, dass die neun Millionen nicht isoliert betrachtet werden dürfen.

Denn ein solches Ergebnis sei erzielt worden, obwohl die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 3,6 Millionen Franken gestiegen seien. Das positive Ergebnis kommt für die Partei deshalb nicht überraschend, «da in den letzten Jahren die Rechnung gegenüber dem Budget immer besser ausgefallen ist».

Das Ergebnis sieht die Partei als Beleg dafür, dass die von ihr geforderte Senkung der Steuern um drei Prozent

«mehr als nur berechtigt war»; der Einwohnerrat hat hingegen nur zwei Prozent gutgeheissen.

Kampf der Zuwanderung

Die SVP fände es falsch, wenn nun aufgrund des Überschusses die Ausgabenpolitik gelockert würde. Stattdessen sollen «die vorhandenen finanziellen Mittel dafür eingesetzt werden, sämtliche Projekte, welche die Überbauung bisher unbebauter Parzellen zum Ziel haben, unverzüglich zu stoppen».

Zur Erinnerung: Im Stettenfeld sollen Mehrfamilienhäuser für über tausend Personen entstehen und im Moostal darf Immobilien Basel-Stadt von Regierungsrätin Eva Herzog (SP) an der Mohrhaldenstrasse ein Mehrfamilienhaus an bester Lage erstellen – und zwar mit garantiertem Blick auf unverbaute Kulturlandschaft.

Der Riehener Gemeinderat hat immer wieder betont, dass er diese Bauprojekte nicht verhindern will, unter anderem auch, weil sie weitere Steuerzahler nach Riehen locken. Dieses Zuzüger-Argument zieht für die SVP nicht mehr. «Die Einwohnerzahl von

Riehen hat Ende 2016 erstmals einen Stand von über 21 000 erreicht. Das ist genug! Die Zukunft der Gemeinde als grosses grünes Dorf darf nicht aufs Spiel gesetzt werden», heisst es deshalb in einer Medienmitteilung.

Die EVP Riehen hingegen will den Rechnungsüberschuss für weitere und gezielte Steuerensenkungen verwenden. Bei der jüngsten Steuerensenkung sei man nach dem Giesskannenprinzip vorgegangen, was vor allem die hohen Einkommen begünstigt habe, schreibt die EVP. Die Partei hält diese Vorgehensweise für wenig zielführend.

Nun sollen auch untere und mittlere Einkommen entlastet werden. Die Partei hat auch eine direkte Forderung an den Gemeinderat: Sie verlangt, dass dieser aktiv wird und mittels Gemeindeinitiative vom Kanton mehr Steuerautonomie verlangt. «Das kantonale Steuergesetz soll dahingehend ergänzt werden, dass den Gemeinden zusätzlich soziale Abzüge, vor allem zur Entlastung von Familien, auf den Einkommenssteuern ermöglicht werden.» Aber auch die EVP will «ein langfristig ausgeglichenes Budget».